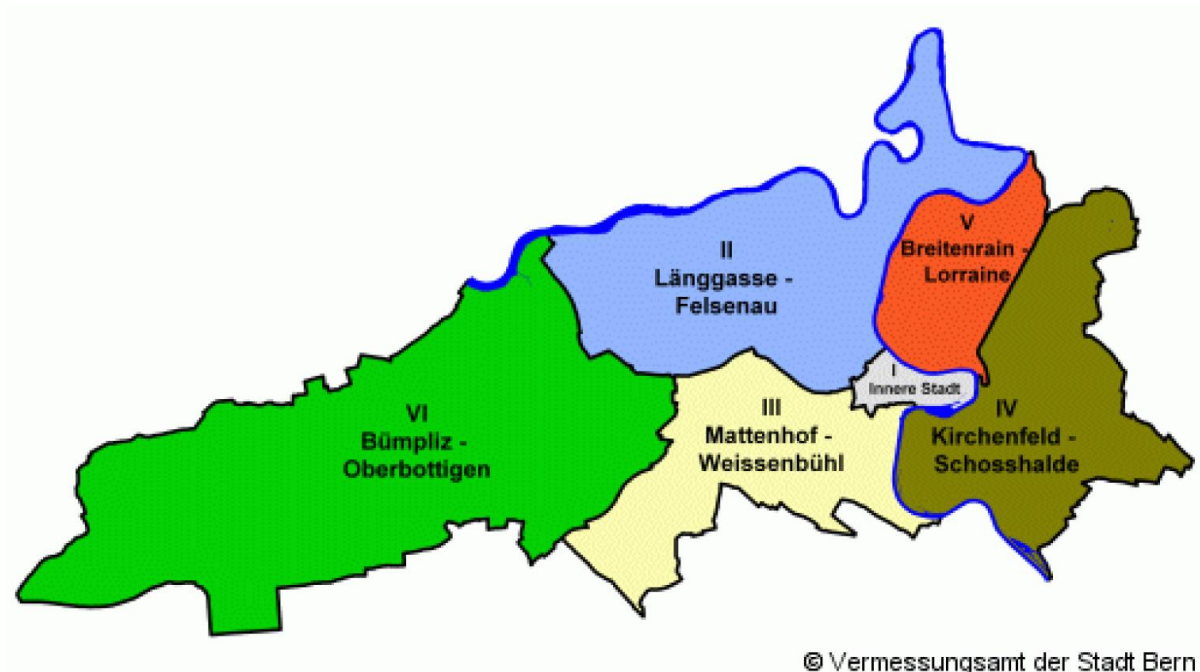




Stadtteilkonferenzen 2013

Ergebnisse



Inhalt

Diskussionen zum Thema Sparmassnahmen:

1. Blick auf die Finanzen	4
2. Blick auf die Angebote und Infrastrukturen	6
3. Blick auf die Kooperation und Zusammenarbeit	9
4. Blick auf die personellen Ressourcen.....	11
5. Blick auf soziale strukturelle Faktoren	13
6. Freiwilligenengagement und Partizipation	16
7. Zusammenfassung und Fazit	21

Moderation

Isabel Marty

Leiterin Fachstelle Sozialplanung

Direktion für Bildung, Soziales und Sport BSS

isabel.marty@bern.ch

Tel: 031 321 64 36 / Fax: 031 321 72 78

Geschätzte Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die vierten Stadtteilkonferenzen im November 2013 waren ein Erfolg. Wir erlebten sechs Nachmittage in sechs Stadtteilen mit interessanten Diskussionen und Eindrücken. Rund 230 Fachleute haben insgesamt teilgenommen. Die Veranstaltungen boten uns eine ideale Gelegenheit, Sie, die Fachleute "vor Ort", zu sehen und zu hören, wie die Diskussionen zu den aktuellen sozialen Themen in den Stadtteilen laufen.

Im Zentrum stand einerseits das freiwillige Engagement in den Stadtteilen aus Ihrer fachlichen Sicht – mit einem speziellen Fokus auf die Rolle der Freiwilligeneinsätze in den quartierbezogenen Institutionen. Andererseits machten Sie eine Einschätzung der Lage in den sozialen und soziokulturellen Institutionen aufgrund anstehender Sparmassnahmen. Uns interessierte von Ihnen zu vernehmen, welche Herausforderungen und Chancen Sie im Stadtteil aus Ihren so verschiedenen Blickwinkeln sehen und welche Entwicklungen Sie erwarten.

Für Ihr Mitdenken und das engagierte Einbringen beruflicher Erfahrungen, persönlicher Einschätzungen und Empfehlungen danken wir Ihnen ganz herzlich.

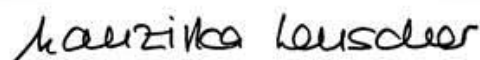
Die Ergebnisse aus den einzelnen Konferenzen finden Sie wie angekündigt hier. Beim Zusammenstellen haben wir die Aussagen aus den Gruppendiskussionen übernommen und bewusst auf Interpretationen, Ausführungen oder weitere Abklärungen verzichtet. Die Aufzeichnungen widerspiegeln somit persönliche Fachmeinungen der Anwesenden. Deshalb ist gelegentlich Gegensätzliches und Widersprüchliches zu lesen. Oder es fehlen Einschätzungen von Fachstellen, z.B. weil sie an den Konferenzen nicht vertreten waren. Für eine bessere Lesbarkeit haben wir Doppelnennungen gestrichen oder stadtteilübergreifend zusammengefasst und thematisch geordnet. Am Schluss finden Sie ein erstes Fazit aus unserer Sicht und einen Ausblick auf geplante oder bereits eingeleitete, weiterführende Massnahmen.

Wir hoffen, dass Sie die Ergebnisse nutzen können – in Ihrem Berufsalltag oder in Ihrem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ihre Anliegen in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport Gehör finden und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Danke für Ihre Teilnahme und die konstruktive Mitarbeit.

Freundliche Grüsse



Franziska Teuscher
Gemeinderätin



Isabel Marty
Leiterin Fachstelle Sozialplanung

Abkürzungsverzeichnis

BSS	Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern
Diverse	verschiedene Institutionen im Stadtteil
DOK	Dachverband für offene Arbeit mit Kindern der Stadt Bern
GSD	Gesundheitsdienst (BSS)
Kirche	röm.kath. und ev.ref. Kirchen
Kitas	Kindertagesstätten
Leiste	Vereinigte Altstadtleiste
MüZe	Mütterzentrum Bern-West
PINTO	Prävention, Intervention, Toleranz (BSS)
Schule	Schulleitungen und/oder Schulamt (BSS)
sgf	Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein
Tagis	Tagesstätten für Schulkinder
TOJ	Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern
vbg	Vereinigung für die Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit
Verwaltung	Verwaltungsdirektionen und -fachstellen der Stadt Bern

Quartierorganisationen:

Dialog Nord	DIALOG Nordquartier
QBB	Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem
QM3	Quartiermitwirkung Stadtteil 3
QuLä	Quartierkommission Bern-Länggasse Felsenau
QUV4	Quartiervertretung Stadtteil 4

Ein kurzer Rückblick zu den nachfolgenden Themen:

Für die Bestimmung der Diskussionsthemen an den Stadtteilkonferenzen haben wir alle Institutionen, die an früheren Stadtteilkonferenzen teilgenommen haben, Anfang 2013 angefragt, welche sozialen Themen sie an den vierten Stadtteilkonferenzen im November 2013 diskutieren möchten. Über alle Stadtteile hinweg kristallisierten sich folgende Inhalte heraus:

- Eine grosse Mehrheit wünschte eine Diskussion zu den erwarteten Auswirkungen der angespannten Finanzlage im Kanton, in der Stadt Bern wie auch bei der evangelisch-reformierten Kirche der Stadt Bern auf die sozialen Angebote im Stadtteil.
- Von vielen Institutionen wurde weiter eine Diskussion zum Thema Partizipation und der Freiwilligenarbeit, bzw. zur Rolle der Freiwilligen in ihren Institutionen gewünscht.

Nachfolgend die Ergebnisse der Diskussionen aus den Stadtteilkonferenzen. Die Diskussionen zum aktuellen und angekündigten Spardruck wurden aufgeteilt in die Beurteilung der aktuellen Lage einerseits und eine Einschätzung der möglichen Entwicklungen und Herausforderungen andererseits. Dabei wurde der Blick jeweils auf drei Aspekte gerichtet: auf die finanzielle Lage, auf die Infrastruktur und Angebote im Stadtteil sowie auf die personellen Ressourcen.

1. Blick auf die Finanzen

1.1. Fakten

Die angespannte finanzielle Lage in der Stadt Bern und in verschiedenen sozialen Nonprofit-Organisationen – insbesondere die Budgetentscheide in der Stadt und die anstehenden Reformen in der ev. ref. Gesamtkirchgemeinde - lösten letztes Jahr erste Diskussionen in den Stadtteilinstitutionen aus. An den Stadtteilkonferenzen wurde das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und bildete einen Schwerpunkt in den Veranstaltungen. Zur Einbettung der nachfolgenden Ergebnisse seien an dieser Stelle Ausführungen zur Finanzlage der Stadt und der ev. ref. Kirchgemeinde vorgestellt:

Entwicklung in der Stadt Bern (Stand Dez. 2013)

Im Sommer 2010 hat der Gemeinderat eine Aufgabenüberprüfung gestartet. Das Ergebnis war ein Sparmassnahmenpaket im Umfang von je 19 bis 20,5 Mio. Fr. für die Jahre 2012 bis 2014. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) war hiervon mit rund 6 Mio. Fr. betroffen. Weiter wurde aufgrund der kantonalen Zusatzbelastung in verschiedenen Lastenausgleichssystemen ein weiteres Sparmassnahmenpaket für das Produktegruppenbudget 2013 im Umfang von 7 Mio. Fr. geschnürt. Hiervon war die BSS mit einem Anteil von rund 1 Mio. Fr. betroffen.

Aufgrund der nach wie vor angespannten Finanzlage muss für das Produktegruppenbudget 2015 ein weiteres Sparpaket umgesetzt werden. In welcher Höhe und wo weitere Sparanstrengungen unternommen werden müssen, wird sich erst mit der Erarbeitung des Budgets 2015 in den nächsten Monaten zeigen.

Autor: Roland Sieber, Leiter Direktionsfinanzdienst BSS

Strukturdialog in der evangelisch reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern (Stand Dez. 2013)

Die evangelisch-reformierte Kirche der Stadt Bern stellt sich der Herausforderung, trotz einem massiven Spardruck eine zukunftsfähige Kirche zu entwerfen. Sie tut dies in einem Reformprozess, der seit 2010 im Gange ist und bis im Sommer 2015 so konkretisiert werden muss, dass in allen Kirchgemeinden eine Abstimmung über zwei Strukturvarianten durchgeführt werden kann (Einzelheiten dazu: www.strukturdialog.ch).

Da Sparmassnahmen schon vor Abschluss der Reform nötig sind, hat das Kirchenparlament, der Grosse Kirchenrat, beschlossen, die Kosten für die Liegenschaften um 50% zu reduzieren. Ein entsprechendes Konzept ist in Arbeit. Es soll ermöglichen, dass keine kirchlichen Mitarbeitenden entlassen werden müssen.

In verschiedenen Ausschüssen wird über effiziente Strukturen nachgedacht: Ist die Form einer grossen Kirchgemeinde Bern oder eine neu zu definierende Anzahl Kirchgemeinden (z. B. 5 oder 6 statt 12) kostensparender? Welche Teile der kirchlichen Lebens finden auf Stadtebene, welche in kleinräumigen Sozialräumen statt? Wer hat dafür die inhaltliche, wer die organisatorische Verantwortung? Mit diesen Fragen beschäftigen sich haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einem dialogisch angelegten Prozess, der mehrmals auch die Kirchgemeinden einbezieht.

Autorin: Charlotte Gutscher, Mitglied des Gesamtprojektausschusses (GPA) des Strukturdialogs II

1.2. Beurteilung der aktuellen finanziellen Lage

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen gemachte Einschätzungen:

- Wichtige Erkenntnis: Alle Institutionen führen parallel ähnliche Diskussionen und Sparprozesse durch. Es betrifft ALLE.
- Der Spardruck bedroht die Weitsicht, unsere Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt.
- Generell wichtiger ist eine Priorisierung auf allen Ebenen und uns ein Profil zu geben.

- Eine Priorisierung muss passieren, mit allen Akteurinnen und Akteuren. Dazu braucht es Messinstrumente und Analysen als Grundlage und zur Begründung von beabsichtigten Massnahmen.
- Bei den Angebotsreduktionen muss man politisch vorgehen: wir in den Institutionen können nicht noch manche Sparrunde sparen → Wie organisieren wir die politische Arbeit? Wer ist zuständig? Welche Netzwerke braucht es?
- Optimieren heisst je nach Fokus etwas anderes: in der abstrakten Diskussion Konkretes benennen.
- Heute nötig: Zukunftsorientiert denken, genau hinschauen, wo was noch nötig ist: sozialräumlich denken.
- Stadt muss die Verantwortung für die Gemeinwesenarbeit behalten.

Konkrete, stadtteilspezifische Einschätzungen

Stadtteil	Gemachte Situationseinschätzungen	zuständig
1	In der Altstadt leben viele ältere Menschen, die nur dank den heutigen ambulanten Dienstleistungen noch zuhause wohnen können.	Spitex
2	Das Kriterium beim Setzen der Prioritäten ist der Sozialindex: Stadtteil 2 (Länggasse) wird z.T. quasi für erfolgreiche Quartierarbeit (Initiative, Engagement) "bestraft": weniger Mittel = Qualität in den Quartieren sinkt. → Im Freizeitbereich wird zuerst gespart.	BSS
4	Gesamtstädtische Ressourcenverteilung fragwürdig: Stadtteil 4 bekommt weniger, da viele gesellschaftliche Ressourcen vorhanden sind und der Osten als wohlhabend angesehen wird!	BSS

Situationseinschätzungen innerhalb der eigenen Institutionen

- Die Auswirkungen der Spardebatten binden viele Ressourcen in der eigenen Institution. Wir sind gezwungen, jetzt Synergien zu nutzen.
- Die Bekanntgabe der Sparmassnahmen ist zu kurzfristig und führt zu Unsicherheit. Strategische Absichten können nicht umgesetzt werden.
- Viele Institutionen stehen im Spannungsfeld zwischen erhöhtem Professionalitätsanspruch und Kostenminimierung.
- Durch Finanzknappheit werden die Angebote generell hochschwelliger und die Beziehungsarbeit wird weniger.
- Ansprüche an das, was wir in den Institutionen leisten müssen, werden grösser, die Möglichkeiten durch den Spardruck kleiner: in Zukunft dürfte das Spannungsfeld noch wachsen.
- Unsicherheit und Demotivation.

1.3. Beurteilung der künftigen finanziellen Herausforderungen und möglichen Entwicklungen

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen genannte Herausforderungen:

- Der Spardruck ist spürbar und führt in eine Spirale: der Druck verlagert sich von einem Bereich in den andern, von einer Institution in die andere. Gefahr ist, dass dies längerfristig mehr Kosten verursachen wird.
- Leistungsabbau verlangt eine gemeinsame Strategie von Stadt, Soziokultur und Stadtteilbezogenen Angeboten.
- Definiert alle, welche Leistungen NICHT mehr erbracht werden können: → dies auch kommunizieren. Sich begrenzen, ein Profil geben.
- Nachhaltigkeit ist mit einjährigen Leistungsverträgen (vbg, DOK, TOJ) nicht kompatibel.
- Gemeinde muss einspringen, wenn sich die Kirche aus den Angeboten zurückzieht.

Konkrete, stadtteilspezifische Herausforderungen

Stadtteil	genannte Herausforderungen	zuständig
1	Der Leist als Mitträger der Spysi ist verunsichert über die aktuelle Lage. Es herrscht grosse Unsicherheit. Kompensationen sind möglich, es gibt eine Grenze, danach kann die Spysi nicht mehr geführt werden.	Leiste, BSS
2	Auf der Engehalbinsel wird befürchtet, dass beim Spardruck Mittel aus der Enge stärker abgezogen werden, weil das Netzwerk bereits fragil ist.	BSS, vbg, DOK, TOJ

Herausforderungen innerhalb der eigenen Institutionen

- - In unserer Institution da zu reduzieren, wo es noch möglich ist, ist eine grosse Herausforderung.
 - Jede Institution muss für sich Schwerpunkte setzen und definieren: wie viel Einsparungen sind in unserer Institution /unseren Bereichen tragbar?
- Wir können nicht nur bei uns optimieren, nicht unendlich viele Sparrunden auffangen → es braucht politische Arbeit: Wie organisieren wir diese? Wer ist zuständig?
- - Wir sehen Auffangmöglichkeiten über Sponsoring, über PR und gewinnorientierte Anlässe, neue Geldkanäle aus der Privatwirtschaft.
 - Aber: zusätzliche Gelder auftreiben funktioniert für Projekte und ist schwierig für eine Grundfinanzierung.
 - Drittgelder organisieren heisst auch immer. die eigenen Ressourcen verschieben und sich auf die Beschaffung konzentrieren. Dabei gehen Ressourcen bei der eigentlichen Arbeit verloren.
- Flexibilität steht im Widerspruch zum Einhalten der Leistungsverträge.

2. Blick auf die Angebote und Infrastrukturen

2.1. Beurteilung der aktuellen Angebote und Infrastruktur-Lage

Allgemeine / oder in mehreren Stadtteilen gemachte Einschätzungen:

- Bestehende Infrastrukturen teilen / bzw. Synergien nutzen bei fehlenden Infrastruktur-Ressourcen. Es hat diverse Stakeholder.
- Die Sparmassnahmen bei vbg, DOK und TOJ sowie bei der ev.ref. Kirche führen jetzt zu Diskussionen über die Inhalte, mit Fokus auf die mobile Quartierarbeit = positive Entwicklung, die Institutionen richten sich an die Bevölkerung, sie müssen ihre Angebote klarer ausrichten.
- Es hat wenig Infrastrukturen für ältere Leute im öffentlichen Raum (Rollator gängig, Sitzgelegenheiten)

Konkrete, stadtteilspezifische Einschätzungen

Stadtteil	Gemachte Situationseinschätzungen	zuständig
1	Es hat gute Bedingungen für ältere Menschen, jedoch wenig Angebote für Kinder in der Altstadt. <ul style="list-style-type: none"> - Infrastrukturen in der unteren Altstadt für Kinder sind minim (Längmuur ist der einzige Spielplatz) → diese bestehenden Angebote sind gefährdet. - Es hat nur 1 Altersheim und das entfällt zukünftig. 	DOK / BSS
1	Heiliggeistkirche: es hat viele Jugendliche und junge Erwachsene rund um die Kirche: Es fehlen die personellen Ressourcen, um Angebote zu bieten.	ev.ref.Kirche / TOJ/ BSS
1	Das Infrastrukturproblem rund um die Heiliggeistkirche ist riesig! (Toiletten fehlen usw.). Es gibt viele Hürden (Regeln, Gesetze, Vorgaben, Auflagen),	Verwaltung / ev.ref.Kirche

	wenn man etwas tun möchte. Man sollte aber etwas unternehmen! Die Infrastruktursituation hat sich in den letzten Jahren im Allgemeinen verbessert (Begegnungszonen, Kehrtafel, Littering-Wahrnehmung, Strassensanierungen usw.) → könnte eher reduziert werden.	
1	Nachtleben nicht in die untere Altstadt verschieben (ist ein Wohnquartier). Angebote gehören in die obere Altstadt.	Verwaltung
2	Viele Freizeit-Angebote sind in der Länggasse historisch gewachsen und deshalb gut verankert im Quartier. → Leistungen sind trotz geschrumpfter Ressourcen immer noch möglich, zukünftig werden Lücken entstehen.	vbg, DOK, TOJ, Kirchen
2	Die Sparmassnahmen der Kirchen treffen die offene Jugendarbeit im Quartier schon 2014.	TOJ
2	Die Raumsituation auf der Engehalbinsel ist bei beiden Kirchen heute gut. Es drohen aber Kürzungen und Schliessungen.	Kirchen
2	In der offenen Arbeit mit Kindern fehlen Räume, die Kirchen haben genügend Raumstrukturen: ins Gespräch kommen!	DOK, Kirchen
2	Die drohende Schliessung des Länggasstreifs, weil im Stadtteil II kein sozialer Brennpunkt gesehen wird.	vbg / BSS
2	Vorhandene Ressourcen: Es hat Räumlichkeiten für Begegnungen: in Kirchgemeinden, Haus Felsenau, verschiedene Treffs....	Diverse
3	Anlässe, zu denen das Quartier eingeladen ist: werden heute z.T schon gemeinsam gemacht: noch optimieren.	Kirchen, DOK, TOJ, Diverse
4	Gemeindehaus Burgfeld: Finanzielle Basis erhalten ist sehr wichtig für die Generationenarbeit / -projekte. Auch wichtig für SeniorInnen.	Kirchen / BSS
4	Infrastrukturen sind im kleinen wie im grossen Rahmen gering (Räume, öffentlich Plätze); es gibt wenig Orte zum Verweilen. → Organisierte Freizeitangebote gibt es v.a. im Wittigkofen (TOJ, Kirche).	Verwaltung, TOJ, Kirchen
5	In den Schulen werden die Infrastrukturen momentan ausgebaut.	Schule
5	Heute schon werden Synergien genutzt: z.B. im Breitschträff.	Schule, vbg
6	Planungsunsicherheit bei Primano: niederschwellige Angebote sind noch schwieriger zu halten, weil die Leute die Mittel nicht haben.	GSD, BSS
6	Schulhaussanierung Stöckacker ist seit Jahren fällig, wegen den fehlenden Infrastrukturen wird die Einführung der Basisstufe verhindert, was zu einer Benachteiligung der Kinder führt. Die Verschiebung von Schulhausrenovationsterminen führt zu einem Transfer von Klassen in andere Schulhäuser, was Unruhe im Quartier schafft.	Schule, BSS
6	Wichtig ist der Unterhalt von Anlagen (Jugendtreff z.B.) sonst kommen die Leute nicht mehr oder lassen ihren Abfall einfach liegen.	TOJ, BSS
6	Sportplatz Fellergut lädt dazu ein, Abfall liegen zu lassen. Jugendliche sollten gute Infrastruktur nutzen können, sonst gehen sie in die Innenstadt.	BSS

Situationseinschätzungen innerhalb der eigenen Institutionen

- - Die Schulen haben Ressourcenknappheit: bei Schul- und Kindergartenangeboten → Kindergärten in Kirchenräumen? Allgemein nutzbare Räume sind schwierig zu finden.
- Wir haben Planungsunsicherheiten über Streichungen von Schulinfrastrukturen. Schule als Begegnungsort für das Quartier ist erschwert, wenn Schulinfrastrukturen gestrichen werden.
- Die Schulen haben zu wenige Räume (zu grosse Klassen).
- Tagesschulen stossen an (Raum-)Grenzen.
- Gemischte Raumnutzung (z.B. Kirche und Tagesschulen) als Chance, ist aber auch gefährdet (z.B. genutzte Turnhallen für Open Sunday, Muki-Turnen).
- In Schulen und Tagis fehlen oft Räume zum individuellen Arbeiten.

- Es braucht mehr passende Räume in Schulen: kein Ausspielen der Angebote.
- Die Strukturreform in der ev.ref. Kirche führt zu Diskussionen über Einsparungen bei den Infrastrukturen und Angeboten: Es werden grosse Veränderungen erwartet.

2.2. Beurteilung der künftigen Angebote und Infrastruktur-Herausforderungen und möglichen Entwicklungen

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen genannte Herausforderungen:

- - Problem: eine langfristige Perspektive und Planung fehlt, Zuständigkeiten sind unklar.
- Planungssicherheit: es braucht Risiko-Beurteilungen von den jeweiligen Institutionen: Priorisieren von Angeboten.
- - Doppelspurigkeiten vermeiden und Synergien nutzen. Die Nutzung bereits bestehender Infrastrukturen muss optimiert werden.
- Synergien finden und nutzen wird wichtig.
- Eine Möglichkeit zu Sparen liegt in der Zusammenlegung von Institutionen.
- - Das Schliessen von Räumen und Angeboten führt zum Verlust der Nähe zum Quartier, Vertrautheit geht verloren, die Schwelle wird höher.
- -Angebote bündeln, fokussieren: Achtung!: es wird Verlierer und Gewinner geben: z.B. Zentralisation von Angeboten = Verlust im Sozialraum (zu grosse Distanzen für die Leute).
- Zusammenrücken im Quartier der einzelnen Institutionen → Plattform (Internet) zur Information über Angebote → bessere Nutzung / Voraussetzung: Kennen bestehender Angebote.
- Künftig höhere / neue Raummieten (Kirchen, Sportamt, Schulamt) erhöhen die Niederschwelligkeit. Wo sind Einnahmen möglich, wo nicht sinnvoll?
- Entstehen für den Erhalt der öffentlichen Infrastrukturen (Sportanlagen, öffentlicher Raum).

Konkrete, stadtteilspezifische Herausforderungen

Stadtteil	genannte Herausforderungen	zuständig
1	Haus der Generationen: - Angebote künftig bündeln, koordinieren. - Solidarität fördern. - Generationenübergreifende Begegnungen schaffen.	Diverse
1	Die Qualität auf der Münsterplattform sollte verbessert werden.	Verwaltung
2	Nutzen der Räume (Schulen, Kirche, Uni) erleichtern: z.B. → Kinder in der Uni. → Quartiersversammlung in der Schul-Aula. → Kirchenräume vermieten.	Diverse
2	Engelhalbinsel: Raumnutzung (Altersbereich) → ist ökumenisches Zentrum / Vorbehalte abbauen gegenüber der Kirche.	Kirchen
3	Innovativ sein: Kirchenräume optional anders nutzen - Z.B. Kindergarten Veielihubel	Kirchen, Schule
4	Mischnutzung: zw. Kulturen, Generationen, von Infrastrukturen: → Wechsel. Braucht Mut und Kreativität. - Wer bietet was dazu: Polizei bietet Kurse, Beratungen, PINTO bietet z.B. Weiterbildungen gratis, Kirchen bieten Räumlichkeiten, Schulen bieten Austauschmöglichkeiten.	Polizei, PINTO, Kirchen, Schulen
5	Tagi Lorraine könnte z.B. für weitere Tagis kochen. Familienergänzende Betreuung und Tageschulen müssten das Thema Kochen gemeinsam angehen. Mut zur Lücke, sich ein Profil geben.	Tagi, BSS
6	Im Mütterzentrum werden Angebote gestrichen. Sind "Opfer" vom eigenen Erfolg.	BSS, MüZe
6	Im Liegenschaftsbereich ist im Stadtteil viel vorhanden.	Diverse

	→Nutzungen / Auslastung müssten überprüft werden.	
--	---	--

Herausforderungen innerhalb der eigenen Institutionen

- - Mut zur Priorisierung von Angeboten! Prüfen: sind alle noch zeitgemäss?
 - Jede einzelne Institution müsste eine Bedürfnisanalyse machen, und analysieren, ob das, was sie macht, noch aktuell ist.
 - Es kostet viele Ressourcen, die Sicherung von Ressourcen: überprüfen! → kann auch eine Chance sein.
- Alternative Raumnutzungen von Kirchenräumen: Vorbehalte abbauen gegenüber der Kirche.
- - Zwischennutzungen ernst nehmen: v.a. auch für Schulräume. Innovativ neue Lösungen / Ideen prüfen.
 - Sind weitere Schulräume vermietbar?
 - Schulräume sind überbelegt → die Gruppen verdrängen einander und neue Anspruchsgruppen kommen dazu (Musik, Sport, Vereine): Primärnutzung verdrängt die Schulraumnutzung.
 - Infrastrukturen gemeinsam nutzen → Schulräume anders nutzen (hohes Konfliktpotenzial oder Zukunftsvision?).
- Weniger Geld führt zu Umstrukturierungen in den Institutionen: das bindet Ressourcen und es gibt weniger Angebote. Vor allem Schulen und Tagesstrukturen sind stark betroffen.
- Synergien nutzen:
 - Sicherheit und Haftungsfragen: Spielplätze / Schulhöfe.
 - Gibt auch Nutzungskonflikte, manchmal fehlende Toleranz.
 - Möglichkeiten für Generationenbrücken.
 - Institutionen müssten sich öffnen, sind zu reglementiert.

3. Blick auf die Kooperation und Zusammenarbeit

3.1. Beurteilung der aktuellen Kooperation und Zusammenarbeit

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen gemachte Einschätzungen:

- - „Gärtlidenken“ (Ursache sind Sparmassnahmen) verhindert nun eine Kooperation.
 - Spardruck erschwert die Kooperation: JedeR schaut für sich.
 - Zusammenarbeit und Vernetzung ist jetzt durch Finanzknappheit erschwert und wird dennoch gerade wichtiger.
- Synergien nutzen der Fachkompetenzen: koordinieren und vernetzen. Priorisierung.
- Basisvernetzung besteht für Kooperationen. Auf der Entscheidungsebene fehlt sie.

Konkrete, stadtteilspezifische Einschätzungen

Stadtteil	Gemachte Situationseinschätzungen	zuständig
1	Innerhalb der Innenstadt ist die Zusammenarbeit unter den Kirchen gut.	Kirchen
1	Es hat Ressourcen in der Zusammenarbeit → Suche nach guten Lösungen (Bsp. Nachtleben-Konzept). Kontaktpflege und früh das Gespräch suchen bei Konflikten ist gut.	Verwaltung, Diverse
5	Es gibt im Stadtteil viele Fachleute und Infrastrukturen: Schnittstellen zwischen den Institutionen, gegenseitige Ergänzungen im Quartier, Idealismus.	Diverse
6	Die Schulsozialarbeit ist von Spardruck betroffen bezüglich einer Zusammenarbeit mit der vbg.	GSD, BSS, vbg
6	Die Kooperation im Stadtteil funktioniert schon lange und über den eigenen Gartenzaun hinaus.	Diverse

Situationseinschätzungen innerhalb der eigenen Institutionen

- Sparmassnahmen können von den Institutionen bis zu einem gewissen Punkt durch Zusammenarbeit kompensiert werden. / Wo ist die Grenze?

3.2. Beurteilung der künftigen Kooperations- und Zusammenarbeits-Herausforderungen und mögliche Entwicklungen

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen genannte Herausforderungen:

- - Kooperation: Leistungsverträge könnten künftig nur unter der Bedingung der Koordination der Akteurinnen und Akteure gegeben werden.
 - Es braucht eine Steuerung der Kooperation (Anreize schaffen): es dürfte nicht reichen, nur darüber nachzudenken, es braucht eine Steuerung über das Geld.
 - Wer hat den Lead für die Koordination der Angebote? Wer hat den Lead zum gesamtstädtischen Bedarf? Wer koordiniert die Stadtteilangebote?
- - Steuerung der Angebote im Sozialraum: Wer steuert zentral? Wer im Sozialraum? Wie viel kann und soll man überhaupt steuern? Es braucht auch eine sozialräumliche Planung, ein Grundangebot und ev. zentralisierte Zusatzangebote.
 - Institutionen, Fachstellen (und Kultur und Wirtschaft müssten einbezogen werden): sollten sich gemeinsam einigen und aktiv werden auf Stadtteil-Ebene: "Was wollen wir im Stadtteil anbieten?"
 - Sparmassnahmen verhindern Entwicklungen und erschweren die Vernetzung im Sozialraum.
- Optimieren der Vernetzung innerhalb des Quartiers → es hat Gefässe die funktionieren: Kontakt pflegen (Fachpersonen kennen sich).
- - Wer diskutiert mit beim Sparen?
 - Wo Prioritäten setzen? Angebote, Institutionen und Ressourcen → Vernetzen! mit dem Ziel, Synergien zu nutzen, Schnittstellen zu klären und Zuständigkeiten zu definieren.
 - Vernetzung muss "Gärtlidenken" überwinden: ganzheitlicher denken und handeln, Interessen und Vernetzung stärken, "konkrete Sachen" koordinieren.
 - Wichtig: Was tun wir genau, was genau braucht es an Kooperation, an Ressourcen und Steuerung?
 - Bedeutung der Vernetzung wird viel wichtiger → Überprüfen der Netzwerke, Doppelspurigkeiten eliminieren.
 - Synergien nutzen, Angebot koordinieren → soll nicht heissen zu fusionieren, damit eingespart werden kann.
 - Freiraum schaffen, damit es Zeit für Kooperation (neue Kooperation) gibt → das Alltagsgeschäft läuft weiter.
- - Auf Abbau aufmerksam machen → Öffentlichkeit und Entscheidungstragende / Auf Konsequenzen aufmerksam machen.
 - Angebote reduzieren = Problemverlagerung: Gibt Druck auf andere Institutionen (Sozialdienste, Gemeindepsychiatrie u.a.).
- Bessere Koordination und Kooperation in den Ämtern (BSS: Schulamt und Jugendamt).
- - Betroffene auch in Bedarfserkennung und Vernetzung einbeziehen. D.h. Betroffene zu Beteiligten machen → näher an die Bevölkerung / Zielgruppen (auch Verwaltung).
 - Wo genau und wie soll die Bevölkerung partizipieren?
 - Einbezug der Bevölkerung ist nur möglich, wenn er einem Bedürfnis entspricht.

Konkrete, stadtteilspezifische Herausforderungen

Stadtteil	Genannte Herausforderungen	zuständig
-----------	----------------------------	-----------

2	Es braucht eine Person, die die Zusammenarbeit (im Sozialrapport) koordiniert → GWA Stelle: wie viel % wird man im Stadtteil 2 künftig zur Verfügung stellen?	vbg, BSS
2	Sozialrapport: umbenennen, inhaltlich anders zusammenarbeiten → mehr koordinieren und ggf. Arbeitsgruppen bilden mit Hinblick auf Ressourcen sparen.	Diverse
2	Sozialrapport / Quartierkommissionssitzung: Gefässe zum Austausch sind wichtig, schauen dass diese aufrechterhalten werden. Wer macht das?!	Diverse, QuLä
3	Allgemein: Bestehende Netzwerke besser nutzen, auch QM3	Diverse, QM3
3	Das neu gegründete Netzwerk Stadtteil III: wichtig, soll Synergien optimal nutzen.	Diverse
4	Zusammenarbeit von den Fachleuten mit dem QuaV4 stärken!	Diverse, QUAV4
5	Wunsch vom Dialog Nordquartier: Schulen sind mit dem Dialog vernetzt!	Schulen, DialogNord
6	Wir kooperieren schon lange auch über den "Gartenhag". – Keine Gefahr dass wir einander das Wasser abgraben, wir sind voneinander abhängig.	Diverse

Herausforderungen innerhalb der eigenen Institutionen

- Synergien nutzen: Keine Doppelspurigkeiten (Tagesschulen, Schule, Kirchen...). Die Zusammenarbeit müssen wir unter den sozialen Angeboten systematisieren.
- Mehr Kooperation der Fachstellen der Kirche mit den städt. Stellen, Bsp. Fachstelle Kinder und Jugend und mit DOK und TOJ. Nicht nur Austausch, sondern konkrete Zusammenarbeit an Projekten.
- Es braucht einen Fachaustausch mit den Tagesschulen → Räume koordinieren.
- - Aus eigener Kraft: miteinander oft und gut reden (Infoaustausch) klappt = Niederschwelliger und pragmatischer Umgang.
- Mut zur Lücke. Prioritäten setzen. Strategien entwickeln und Überholtes weglassen.
- Priorisieren in der Institution ohne "Gärtlidenken": Vernetzung und Zusammenarbeit intensivieren. Dem widerspricht eine zunehmende Konzentration auf das Kerngeschäft infolge des Spardrucks.
- Kreativität ist gefragt, über Institutionsgrenzen hinaus denken und handeln.
- Schaut nicht jeder für sich, wenn Verteilungskampf startet?
- Es wird zu stark zielgruppenorientiert gearbeitet → Bereiche sind zu wenig koordiniert.

4. Blick auf die personellen Ressourcen

4.1. Beurteilung der aktuellen personellen Ressourcen

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen gemachte Einschätzungen:

- - Verschiebungen: Fachkräfte werden durch PraktikantInnen ersetzt / ergänzt. Wegen generellem Personalabbau.
- In der Schule = steigende Anforderungen an die Lehrpersonen, Eltern fangen z.T. auf.
- - Z.T. gibt es Knappheit bei den Institutionen wegen den Finanzen. Z.T. aufgrund der mangelhaften, knappen Ausbildungssituation (z.B. beim Pflegefachpersonal, Spezialunterricht...).
- Wenn bei personellen Kürzungen die Leistungen gleich gehalten werden, besteht Gefahr, dass immer mehr geleistet werden muss, weil es aus Aussensicht ja geht mit weniger Leuten.
- Anforderungen und Ansprüche sind schon gestiegen (Professionalitätsansprüche).
- Interdisziplinarität ist wichtig (lernen!): verwaltungsintern und in den Quartieren.

Konkrete, stadtteilspezifische Einschätzungen

Stadtteil	Gemachte Situationseinschätzungen	zuständig
1	Die Leiste kommen gut an die Bevölkerung heran.	Leiste
2	Grosser Teil der Stellenprozente wird in die Länggasse gesetzt: Engehalbinsel wird vergessen!	Diverse
4	Die offene Arbeit mit Kindern / mit Jugendlichen ist im Stadtteil unterdotiert.	DOK, TOJ
4	Schule: für Kinder sind der Spezialunterricht und die Unterstützung zu knapp. Es hat eine Zunahme der Belastung gegeben: Qualität leidet, gute Fachpersonen gehen weg. → Neue Verteilung nach dem Sozialindex ist fraglich.	Schule, BSS
5	Es hat genug Lehrkräfte, aber HeilpädagogInnen fehlen.	Schule, BSS
5	Positiv beurteilt werden unter den Fachleuten die Vernetzung, Offenheit, Hilfsbereitschaft und gute Angebote.	Diverse
6	Unsicherheit der Finanzierung führt zu Abgängen von qualifiziertem Personal (vbg Gäbelbach).	vbg, BSS
6	In der Jugendarbeit des TOJ, im Altersheim und in der Schule (Heilpädagoginnen und -pädagogen) fehlt es an Fachpersonal.	Diverse

Situationseinschätzungen innerhalb der eigenen Institutionen

- - Die Zusammenarbeit und Vernetzung unter den Sozialarbeitenden der Kirche ist gut, auch die Zusammenarbeit unter den Pfarrern und Pfarrerinnen laufen wieder. Unter den Kirchenbehörden funktioniert sie weniger.
- Vermehrter Druck bei den Sozialdiensten der Kirchen.
- Schule: Zunahme Schülerinnen und Schüler ohne Klasseneröffnungskredite (grosse Klassen). Abwanderungsproblematik der Lehrerschaft.
- Tagesschulen: Personelle Mischung von Ausgebildeten und Nicht-Ausgebildeten: Personalplanung ist schwierig.
- Schulsozialarbeitsstellen: es gibt Vakanzen über längere Zeit.
- - Kitas und Tagis: das Personal wird mit den Sparmassnahmen "zu teuer".
- Veränderte Situation durch Betreuungsgutscheine.
- In den Tagesstätten wird 10% gespart: Qualität der Leistungen ist schwieriger zu halten. Mehr Menschen sind zu betreuen, weniger Betreuende: Schere öffnet sich.
- Kitas des sgf: sind privat und subventioniert, dank starker Trägerschaft noch weniger Druck. Frage wie viel professionelles Personal, Praktikantinnen / Praktikanten? Schwierige Entscheidungen.

4.2. Beurteilung der künftigen personellen Herausforderungen und möglichen Entwicklungen

Allgemeine oder in mehreren Stadtteilen genannte Herausforderungen:

- - Der Spardruck führt zu Planungsunsicherheit, man braucht einen langen Schnauf, man kann nicht immer mehr leisten.
- Wenn die personellen Ressourcen unter eine bestimmte Grenze sinken, ist es auch nicht mehr möglich, Synergien zu nutzen.
- Ressourcen sind ausgeschöpft: der Druck auf die Personen steigt, Löhne sind eher tief. Wichtig ist, dass die jetzigen Angebote im Quartier erhalten bleiben.

- Wo/wie kann man sparen?
 - beim Personal: weniger qualifiziertes Personal,
 - den Betreuungsschlüssel ändern,
 - Leistungen einkaufen (Outsourcing, Privatisierung),
 - über Zusammenschluss von Institutionen.
- - Einsparungen werden sich bemerkbar machen, Folgen: Sicherheitsmängel, Personalmangel, Personalabbau: Schlüsselpersonen und Fachwissen gehen verloren → der Austausch fehlt, Infos fließen mangelhaft.
- Spardruck beim Personal führt generell: zur Bevorzugung von Personal mit tieferer Qualifikation, zum Anstellen von unqualifiziertem Personal, zum Abbau von Lehrstellen. Schlägt auf die Motivation des Personals.
- Sparen trifft zentral das Personal: Einzelfallhilfe bei Sozialarbeit Kirche wird weniger werden.

Konkrete, stadtteilspezifische Herausforderungen

Stadtteil	Genannte Herausforderungen	zuständig
1	Es hätte Potential für Gemeinwesenarbeit (GWA). Mehr GWA im Bereich grosse Schanze, Christoffelplatz, Kleine Schanze.	vbg, BSS, ev. PINTO

Herausforderungen innerhalb der eigenen Institutionen

- - Offene Kirche wächst, Gesamtkirchengemeinde schrumpft.
 - Es hat mehr Angebote, braucht dazu mehr Freiwillige oder Angestellte.
 - Heute leisten wir viel mehr mit den gleichen Angestellten: Überlastung.
- Tagi: Gruppen zusammenlegen. Stellen/Aushilfen besetzen mit Personen aus Arbeitsintegrationsprogramm.
- Zentralisieren wo möglich, lokal anbieten, wo nötig.
- Schule: zufriedene Arbeitnehmende bringen mehr Leistung. Z.B. Lehrkräfte unterstützen, Eltern mit einbeziehen.
- Attraktive Arbeitsbedingungen bieten, trotz Abstrichen z.B. bei den Infrastrukturen (gute Atmosphäre, Arbeitsklima...).
- - Möglichkeiten in der Institution: Hürden überwinden. Dran bleiben (hartnäckig).
 - Persönliches Engagement beibehalten.
 - Positiv denkende und handelnde Führung.
 - Innovationen können etwas bewegen – aber brauchen dazu fitte Mitarbeitende und Zeit.
 - Mut haben etwas zu entscheiden und umzusetzen.
- Sparmassnahmen erzeugen Existenzängste bei den Stellenleitenden, gefährden langfristig die physische wie psychische Gesundheit. → Kranke Menschen kosten viel Geld! Wo bleibt die Verantwortung der Arbeitgebenden der Stadt Bern!? → Negativspirale.

5. Blick auf soziale strukturelle Faktoren

Erwähnte Bevölkerungsstrukturmerkmale:

- Pro Senectute stellt fest: das Betreuungsbedürfnis bei älteren Menschen wird grösser, aber der Spardruck reduziert die Möglichkeiten.
- Es hat in den Quartieren mehr ältere Menschen, die müssen mit weniger Ressourcen unterstützt werden. Man muss Priorisieren.
- Eine multikulturelle Schule ist für junge Lehrkräfte attraktiv. Aber die Erhöhung der Klassengrössen und die höheren Ansprüche (bei der Integration) = prekär: Soziale Folgen können nicht beziffert werden → Kostenargumente wirken einseitig, nicht nachhaltig.

- Sprachprobleme in der Migrationsbevölkerung: Sprachkurse sind teuer. Man könnte Raum schaffen für Begegnung um "Basissprache" zu lernen: neue Modelle denken, neue Möglichkeiten schaffen.
- Bedarfsanalyse im Quartier: Jugendliche, Familien, Mädchen mit Migrationshintergrund, Seniorinnen und Senioren? → Analysen machen.

Erwähnte gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- Es geht um den sozialen Frieden in der Gesellschaft.
- - Das soziale Gefüge, die Unterschiede der kulturellen und sozialen Durchmischung in den Quartieren und in den Schulen hat sich verändert.
- Problem ist z.B.: viele Eltern verstehen nicht, was die Schule (von ihnen) braucht.
- Durchmischung der Bevölkerung: Bedarf nach mehr intrakultureller /soziokultureller Kompetenz in den Institutionen (Kommunikation und Wertvermittlung).
- Es sind immer höhere Ausbildungen gefragt. z.B. Lehrstellen nur für Sekundarschülerinnen und -schüler, Prim-Schülerinnen und -schüler haben weniger Chancen.
- Es ist ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis: Die Stadt ist auch abhängig von der Arbeit der Institutionen und ihren Angestellten. Blockiert die Basis, zerfällt das System!
- - Generationenfragen werden nur punktuell erarbeitet.
- Gesellschaftliche Veränderungen / Fragen: Wo erhalten Generationenfragen wie z.B. "von Jung bis Alt" die nötige Lobby und Finanzen für Projekte?

Struktur in der / zu der Stadtverwaltung: Genannte Einschätzungen und Anliegen

- Zw. Verwaltung und Quartieren: Schnittpunkt zu eng und hoch → näher ans Quartier.
- Wer hat den "Lead" beim Nutzen von Synergien (BSS?) "bottom up" oder "top down"?
- Stadt Bern = Eventstadt (Bund, Kanton, Gemeinde) mit vielen Anlässen: Stadt bezahlt Folgen (Littering, Ausschreitungen, usw.).
 - Warum verlangt die Stadt nicht mehr Geld von den Institutionen?
 - Welche Bestrebungen für gerechte Verteilung der Kosten sind bei der Stadt her im Gange?
- Problem: Zentrumsprivileg versus Zentrumslast.
- - Bei der Zusammenarbeit mit der Stadt: Klarheit schaffen; Schubladendenken ist schwierig.
- Denkmalschutzaufgaben, Bewilligungen für Anlässe oder Raummieten (Turnhallen) sind mühsam.
- Zu viel Bürokratie und Kosten beim Veranstaltungsmanagement, insbesondere bei Anlässen mit / von Freiwilligen.
- Verkehr, Party, Nachtleben: gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung, aber viele Auflagen: Mehrseitige Anlasselisten...
- Anliegen an die Liegenschaftsverwaltung und öffentliche Ansprechpartner: unbürokratische Haltung!
- - Rechenschaftsablegung über Finanzen behindert den qualitativen Einsatz der personellen Ressourcen: Überreglementierung / Bürokratie.
- (Über)Evaluation und Controlling braucht (zu) viel Zeit und gibt teils Leerläufe.
- Prioritäten bei der Evaluation gibt es keine: es muss alles genau evaluiert werden.
- Basis kennt die Leerläufe am besten (braucht eine Haltungsänderung bei der Führung. Teils "überhöhte" Standards / Ansprüche überdenken: zugunsten mehr Pragmatismus).
- Die Verwaltung sollte dem nachgehen, warum es welche Formulare für was braucht. Zuviel administrative Aufgaben, welche zur Legitimierung der Arbeit dienen, zu wenig Menschennähe.

Genannte Strukturelle Merkmale innerhalb der eigenen Institution

- Hohe Differenzierung in den Institutionen führt zu Konflikten mangels Zuständigkeit.
- institutionsauflagen und Statistiken absorbieren immer mehr Arbeitszeit.
- Alles bedingt einen Führungsstil, der Ideen und Initiative von unten zulässt und fordert.
- - Mitwirkungsprozesse, neue Formen der Zusammenarbeit verlangen Sondereinsätze. Die Zeit

fehlt dafür, man muss sich auf das Tagesgeschäft beschränken.

- Es braucht sehr viele Ressourcen, um die "Struktur" der Institutionen an die Anforderungen von sich verändernden Situationen anzupassen.
- Es wird in den Tagis mehr Administratives gefordert und der Auftrag hat sich erweitert.

Erwähnte strukturelle Merkmale in den Stadtteilen

- - Die Innenstadt kann den Quartiercharakter / den Lebensraum nur schwer behalten → alle möchten in die Innenstadt (Nähe zu ÖV, hohe Infrastrukturdichte, kurze Wege, Ausgang, Einkäufen → kann zur Last werden).
- Die untere Altstadt hat Dorfcharakter.
- Untere Altstadt und Verkehr: Kosten: Parkkosten für Anwohnende und Gewerbe müssen billiger werden: Stadt ist gefragt.
- - Gibt Raum und Wohnknappheit im Stadtteil II.
- Stadtteil II ist ein Stadtteil mit klarer Trennung Engehalbinsel / Länggasse, keine Durchmischung auch nicht von Wissen / Infos über das andere Quartier.
- Ressourcen: Aktives Gewerbe vor allem in der Länggasse. Uni, PH, Gymer.
- Wohnbaupolitik im Stadtteil III: relativ günstige neue Wohnungen schaffen!
- Im Stadtteil IV gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum, Genossenschaften.

6. Freiwilligenengagement und Partizipation

Situationseinschätzungen zur Freiwilligenarbeit in den eigenen Institutionen

Genannte Rahmenbedingungen für freiwillige Mitarbeitende in den Institutionen

- Die unterschiedlichen Ansprüche und Anforderungen der Institutionen an freiwillige Mitarbeitende müssen berücksichtigt werden (geht es um ein Fachgremium, Milizgremium, institutionalisierte Freiwilligenarbeit, Freiwilligenarbeit im antizipativem Rahmen usw.).
- Freiwilligenarbeit ist wichtig, wird aber durch professionelle Anforderungen bei vielen Aufgaben eingeschränkt.
- Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von Freiwilligen und Ehrenamtlichen müssen geklärt sein. Und auch: wann und wo welche Freiwilligen wie eingesetzt werden können, und wann und wo die Professionellen der Institutionen eingesetzt werden müssen.
- Die Institution muss gut abklären, was sie den Freiwilligen anbietet. Aufgaben der Freiwilligen müssen definiert werden: ein Anforderungsprofil erstellen.
- Freiwilligenarbeit sollte institutionell verankert werden. D.h. die Institutionen müssen dafür sensibilisiert werden.

Genannte Auswirkungen auf Professionelle – Freiwillige Arbeit durch den höheren Spardruck

- Freiwilligenarbeit wird mit dem grossen Spardruck an Bedeutung gewinnen! Allerdings soll und kann Freiwilligenarbeit nicht professionelle Arbeit ersetzen.
- Die Entwicklung, bezahlte Arbeit durch freiwillige Arbeit zu ersetzen, ist gefährlich. Es ist eine Tatsache, dass mit Freiwilligenarbeit Löcher in der bezahlten Arbeit gestopft werden können.
- Wichtig: Professionelle bezahlte Arbeit wird durch Freiwillige ergänzt, nicht ersetzt.
- Konkurrenz zu bezahlter Arbeit in der Institution und gegenüber den Freiwilligen und Profis immer thematisieren und klären.
- Professionelle können nicht durch Freiwillige ersetzt werden. Oft besteht eine Gratwanderung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit.
- Freiwilligenarbeit ist ein Plus und soll kein Ausdruck einer Sparmassnahme werden.
- Gefahr steigt, dass Freiwillige ausgenutzt werden, gerade bei Kostendruck.
- Freiwilligenarbeit darf nicht gegen professionelle Erwerbsarbeit ausgespielt werden.

Genannte Aspekte bei der Zusammenarbeit mit Freiwilligen in der Institution

- - Klare Aufgabenfelder und Rahmenbedingungen helfen auch bei der Gewinnung von Freiwilligen.
- Gewinnung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen gelingt besser über persönliche Kontakte.
- Auch unbekannte Personen ansprechen und fragen (nicht immer diejenigen, die schon bekannt sind).
- Freiwillige müssen oft gesucht werden, sie melden sich nicht von alleine.
- Wenn die Interessen der Freiwilligen durch die Aufgabenfelder abgedeckt werden, melden sich Freiwillige (Bezug zum Thema, Bezug zum Quartier, ...).
- Bei der Rekrutierung ist eine Durchmischung der Freiwilligen wünschenswert (Alter, Geschlecht, Nationalität, usw.).
- Die Mischung von Freiwilligen und Professionellen ist erfolgreich, sie bringt für beide Seiten Lernerfahrungen.
- Freiwillige bringen eigenes Fachwissen und Sicht von Aussen in die Institution ein.
- - Nutzen und Aufwand der Freiwilligenarbeit müssen sich in der Institution die Waage halten.
- Abwägen, wo Freiwillige eingesetzt werden können, ohne zu viel Mehraufwand zu betreiben = punktuell einsetzen.
- Nutzen und Mehrwert von Freiwilligenarbeit für Freiwillige mehr an die Freiwilligen bringen (Lerneffekte, Netzwerk, Erfahrungserweiterung, Weiterbildung ...).
- - Die Freiwilligenarbeit muss in der Institution sichtbar gemacht werden.

- Regelmässige Informationen über Freiwilligenarbeit sind wichtig.
- Auch neue Medien nutzen, um Angebot und Bedarf zusammenzubringen.
- Innerhalb der Institution ist Anerkennung und Wertschätzung der Freiwilligen wichtig.
- Anerkennung ist für Freiwillige wichtig. Die Institutionen benötigen dafür Ressourcen (z.B. Spenkasse für Ausflüge, Essen, usw.).
- - Die Begleitung der Freiwilligen ist wichtig für die Institutionen. Sie ist anspruchsvoller geworden. Ressourcen dafür müssen zur Verfügung stehen.
- In vielen Institutionen bestehen keine Ressourcen für die Begleitung von Freiwilligen: Die Begleitung muss neben den Alltagsaufgaben erfolgen.
- Ressourcen für Begleitung und Anerkennung von Freiwilligen in den Institutionen fehlen häufig.
- Freiwillige müssen geschult werden. Angebote von Weiterbildung für Freiwillige sind wichtig.
- Die Institutionen sollen ihre Aufgaben und das Angebot für Freiwillige laufend hinterfragen.

Genannte Herausforderungen und Entwicklungen in der Institution

- - Zeitlich begrenzte Aufgaben sind für Freiwillige attraktiv, sporadische Einsätze sind beliebter und projektbezogene Arbeit wird bevorzugt.
- Viele Organisationen/Institutionen benötigen Freiwillige für punktuelle Einsätze.
- Für Quartierfeste braucht es Freiwillige. Schulfeste sind auf freiwillige Mithilfe der Eltern angewiesen. Es helfen immer die Gleichen.
- Konkrete zeitlich beschränkte Aufgaben eignen sich gut für Freiwillige (Feste, Projekte, Kurzeinsätze).
- Freiwillige für längerfristiges zeitintensives und wiederkehrendes Engagement zu finden, ist schwierig, insbesondere auch für Vorstandsarbeit. Freiwillige für Projekte und kurzfristige Einsätze zu gewinnen ist einfacher.
- Freiwillige sind sehr wählerisch geworden.
- - Das freiwillige Engagement ist Lebensabschnitt bezogen.
- Generationenunterschied: Verbindlichkeit und längerfristiges Engagement ist bei Älteren höher als bei Jüngeren.
- Herausforderung: Zusammenarbeit langjährige und neue Freiwillige: unterschiedliche Auffassung, wie Aufgaben erfüllt werden sollen.
- - Kreislauf von Freiwilligenarbeit: Betroffenheit verändert sich.
- Bei Jüngeren steht die Motivation in Zusammenhang mit der aktuellen Lebenssituation.
- Jüngeren potentiellen Freiwilligen fehlt die Zeit für Freiwilligenarbeit. Sie setzen andere Prioritäten.
- Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit grenzt zeitliche Ressourcen für Freiwilligenarbeit ein.
- Manchmal haben Freiwillige Probleme und Defizite, die verhindern, dass sie für Freiwilligenarbeit eingesetzt werden können. Sie möchten über Freiwilligenarbeit soziale Kontakte knüpfen.
- Freiwilligenarbeit kann ein Sprungbrett für den 1. Arbeitsmarkt sein (Freiwilligenarbeit als Überbrückung oder Zugang zu bezahlter Arbeit). Sie gehört in den Lebenslauf.
- Einige Freiwillige engagieren sich wegen ihrer Quartierverbundenheit.
- Unterschied zwischen freiwilliger Initiative und Freiwilligenarbeit nach konkreten Vorgaben.
- Freiwilligenarbeit heute: Freiwillige sind flexibel, wollen Verantwortung, Wirksamkeit muss ersichtlich sein, Knowhow muss eingebracht werden können, Horizonterweiterung, Zusammenarbeit mit Professionellen ist wichtig.
- - Vorstandsarbeit ist viel weniger gefragt. Erwartungen an Verantwortung und Verbindlichkeit halten von Ehrenamt ab.
- Die Leiste arbeiten ehrenamtlich. Die Rekrutierung von Ehrenamtlichen wird schwieriger.
- Besetzung von Arbeitsgruppen und Kommissionen ist schwierig. Wegen der Verantwortung und Verbindlichkeit, hängt aber auch mit der exponierten Stellung zusammen.

- Der Druck auf Freiwillige steigt, es wird immer mehr Professionalität von ihnen erwartet v.a. im Ehrenamt.

Einschätzung der Motivation, welche die Freiwilligen in der Institution haben

- Das Prestige der Aufgabe oder der Institution kann ausschlaggebend sein.
- Anspruchsvolle, spannende, herausfordernde Aufgaben sind attraktiv.
- Attraktive Aufgaben sind Motivationsträger für Freiwilligenarbeit. Erreichte und sichtbare Resultate erhöhen Attraktivität.
- Anerkennung und Wertschätzung machen Freiwilligenarbeit attraktiv.
- Kompetenzen aneignen, erweitern und ausweisen. Informationsvorsprung kann motivierend wirken.
- Mitgestaltung des Lebensumfeldes. Zugang zu neuen Themen und Lebenswelten sind attraktiv.
- Eigene Erfahrungen weiterzugeben oder eigene Interessen zu vertreten kann Motivation sein.
- Identifikation mit Aufgabe und Organisation ("Wir-Gefühl") kann ausschlaggebend sein.
- Wahrnehmung eines sozialen Auftrages: man kann etwas bewirken.
- Sinn der Arbeit kann wichtiger sein, als für welche Institution sie ausgeführt wird.
- Sichtbarkeit des eigenen Nutzens, sich einbringen und vernetzen können, neue Lernfelder erschliessen, etwas Sinnstiftendes zu leisten, sind wichtige Faktoren für freiwilliges Engagement.
- Selbstverwirklichung spielt eine Rolle bei der Motivation.
- Engagement geht oft über Beziehungsarbeit, Vertrauen.
- Chance, auseinanderklaffendes Gefälle zusammenzubringen (diejenigen, welche mehr haben, geben etwas).
- Freude an der Arbeit – auch informelle Freiwilligenarbeit wie Nachbarschaftshilfe.
- Vernetzung mit andern Menschen.
- Arbeit mit Kindern ist attraktiv.
- Selbständiges Arbeiten und gute Erreichbarkeit erhöhen Attraktivität.
- Es ist genderabhängig, in welchem Bereich man sich engagiert.
- Erwerbstätige Männer gehen eher in die Politik oder engagieren sich im Sport.
- Ausgleich zu Erwerbsarbeit.

Einschätzungen zu konkreten, zielgruppenspezifischen Angeboten

- - Im **Altersbereich** gibt es viele Angebote im Freiwilligenbereich, Bedarf wird noch steigen.
 - Das Generationenprojekt win3 der Pro Senectute verläuft positiv und hat noch Ausbaupotential.
 - Bedarf an Besuchsdiensten für ältere/behinderte Menschen ist hoch.
- - **Elternräte** benötigen Rahmenbedingungen und eine Ansprechperson in der Stadt. Sie können mitreden und doch nicht mitentscheiden.
 - Der Elternrat ist wichtig für die Vernetzung zwischen Schule und Eltern.
 - Umsetzung des Berichts "Schule und Quartier": Vertretung Elternrat in Quartierorganisationen.
 - Bei der Freiwilligenarbeit kommt den Eltern eine Vorbildfunktion zu.
- - Möglichkeiten von freiwilligem Engagement in der offenen Arbeit **mit Kindern und der Jugendarbeit** aufzeigen.
 - Idee sport suchen Freiwillige Betreuungspersonen, die lokal in den Quartieren verankert sind.
 - Moditreff kann Freiwillige generieren (Eltern).
 - Im Kinderatelier Kleefeld haben Eltern weniger freie Ressourcen oder kennen eine Kultur der Freiwilligenarbeit nicht so.
 - Auf dem Längmuurspili ist es schwieriger, Freiwillige zu finden.
 - Spielkiste funktioniert nur mit Freiwilligen, sonst wäre sie geschlossen.
 - Bei Jugendlichen ist der partizipative Ansatz wichtig, damit sie Freiwilligenarbeit leisten.
- - Bei der **Kirche** engagieren sich viele Freiwillige. Sie sind meist Mitglieder der Kirche. Ohne Freiwillige läuft nichts.
 - Kirche und Angebote im Altersbereich haben Stellen für Begleitung von Freiwilligen geschaffen.

- - **Migrationsbevölkerung** als freiwillig Helfende einbinden.
 - Es stellt sich die Frage, ob es einen Hinderungsgrund gibt, fremdsprachige Freiwillige zu engagieren?
 - Freiwillige in interkulturelle und/oder generationenübergreifende Aufgaben einsetzen (Kita-Grosi, win3, usw.).
 - Frage, wie Migrationsbevölkerung einbezogen werden kann, ist offen.
 - Freiwilligenarbeit der Migrationsbevölkerung wird zu wenig erkannt und nicht erfasst.

Blick auf strukturelle Faktoren

Erwähnte Aspekte und Rahmenbedingungen im Stadtteil (Sozialraum)

- - Im Quartier braucht es eine Koordinationsstelle, wohin sich Menschen, die sich freiwillig engagieren möchten wenden können, Freiwillige betreut werden und wohin sich Institutionen wenden können, wenn sie Freiwillige benötigen.
 - Ein Anforderungsprofil für eine solche Koordinationsstelle könnte von den soziokulturellen Fachgruppen in den Stadtteilen erarbeitet werden.
 - Allenfalls könnten auch die Quartierbüros als Anlaufstelle für Freiwilligenarbeit fungieren.
- Die Institutionen im Quartier sollten sich gegenseitig – aber auch öffentlich – über Angebote und Projekte informieren.
- Die Nutzung von gemeinsamen Ressourcen kann die Stadtteilidentifikation fördern.
- - Netzwerkangebote von Freiwilligen aufbauen und betreuen.
 - Die Vernetzung und Koordination unter Freiwilligen, die in ähnlichen Aufgaben arbeiten, muss gefördert werden.
- - Vision: formelle Nachbarschaftshilfe.
 - Neue Modelle für gebietsübergreifende Freiwilligenarbeit entwickeln, z.B. Nachbarschaftshilfe wird mittels "Stellenbörse" koordiniert.
- Es bestehen Unterschiede zwischen Integration von Freiwilligen in Institutionen zu Unterstützung von freiwilliger Initiative (aus dem Quartier, von der Bevölkerung).

Erwähnte Strukturfaktoren in und zwischen den Institutionen

- Die Vernetzung und der Dialog zwischen den Institutionen im Quartier sind wichtig. Allenfalls können die Institutionen dadurch auch mehr zusammenspannen.
- Auch Freiwillige sind lokal verankert und bringen neue Netzwerke in die Institution ein.

Erwähnte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Faktoren

- Freiwilligenarbeit muss sichtbar gemacht werden (tue Gutes und sprich darüber), dann wird sie auch in der Gesellschaft wahrgenommen.
- Stärken einer gemeinsamen Identifikation durch Förderung von Austausch und Kommunikation in den Medien.
- Freiwilligenarbeit sollte mehr Gewicht in der Gesellschaft erhalten; Ansehen für solidarisches Handeln.
- Beteiligung gesamtgesellschaftlicher Arbeit sollte auf alle verteilt werden.
- Arbeitgebende fördern ihre Arbeitnehmenden zu wenig für Freiwilligenarbeit. Freiwilligenarbeit ist nicht verankert in den Leitbildern von Unternehmen und Institutionen. Freiwilligenarbeit bringt einen Nutzen für Arbeitgebende.
- Es ist unabdingbar für den Gesellschaftsvertrag, dass Freiwilligenarbeit geleistet wird. Ohne Freiwillige würde nichts funktionieren.
- Neue Modelle sind gefragt, gekoppelt mit bedingungslosem Grundeinkommen. Bedingungsloses Grundeinkommen als möglicher Lösungsansatz = mehr Raum für freiwillige Einsätze.

Struktur in der / zu der Stadtverwaltung: genannte Einschätzungen und Anliegen

- Behörde: immer mehr Bürokratie, Gebühren usw.; ist demotivierend gerade für Freiwillige.

- Wertschätzung und Unterstützung der Freiwilligen sollte auch mehr durch Stadt erfolgen.
- Veränderungen von Infrastrukturen können neue Potentiale der Begegnung hervorbringen (z.B. Verkehrsberuhigung).
- Stadt sollte Initiativen unterstützen und Ressourcen anbieten (Räume, Personal, Finanzen).
- Vereine, die der Stadt wichtig sind, sollten mehr gepflegt werden.
- Die Stadt sollte die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen (Bachelor-Studium) suchen.

Benevol

- Benevol ist ein gutes Angebot. Die Vermittlung ist hilfreich.
- Benevol ist sowohl für Freiwillige als auch für Institutionen wichtig.
- Benevol als aktive Botschafterin für Nutzen der Freiwilligenarbeit bei Arbeitgebenden.
- Das Angebot von Benevol für Schülerinnen und Schüler ist gut.
- Anforderungen von Benevol sind zu hochschwierig für Menschen mit psychischen Problemen.
- Benevol kann nicht quartierbezogen vermitteln.
- Standards für Freiwilligenarbeit in den Institutionen sind absolut hilfreich, werden von langjährigen Freiwilligen jedoch nur schwer angenommen.
- Das Dossier "freiwillige engagiert" als Leistungsausweis wird in der Berufswelt immer mehr anerkannt.

7. Zusammenfassung und Fazit

Zusammenfassung der Ergebnisse aus Blickwinkel der Sozialplanung:

Einschätzung der finanziellen Lage und künftigen Herausforderungen (Kapitel 1)

Die Spardiskussionen und die für 2014 beschlossenen finanziellen Kürzungen belasten und beschäftigen die grosse Mehrheit der anwesenden Fachleute aus allen sozialen und soziokulturellen Institutionen. In diesem Punkt war man sich in allen Stadtteilen einig. In den Gruppendiskussionen zeigte sich eine deutliche Bereitschaft, gemeinsam und zum Wohle der Menschen, für und mit welchen man arbeitet, nach Lösungen zu suchen. Die Fachleute waren sich stadtteilübergreifend einig, dass sie in Zukunft in den eigenen Institutionen Prioritäten setzen werden. Betont wurde, dass dies sozialraum orientiert, das heisst gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren "vor Ort", angegangen werden muss. Es braucht Diskussionen auf "gleicher Augenhöhe" unter den Fachleuten aus den verschiedenen Institutionen. Ein Gefäss, in dem diese Fragen weiter verfolgt werden sollen, so wurde betont, sind die soziokulturellen Fachgruppen (Siehe Kapitel unten).

Einschätzung der Angebote und Infrastrukturen (Kapitel 2)

Die ev.-ref. Kirche steht vor einem Abbau von Rauminfrastrukturen. Es herrschte Unsicherheit darüber, welche Folgen die Raumknappheit bzw. der Abbau haben wird. In fast allen Stadtteilen wurden fehlende Schulinfrastrukturen, insbesondere auch für Tagesschulen genannt. Das Thema Infrastrukturen wurde sowohl in den Stadtteilen als auch je nach Institution heterogen beurteilt. Eine vertiefte Prüfung der räumlichen Ressourcen drängt sich auf, damit mögliche Synergien genutzt und Absprachen über alternative Raumnutzungen geklärt werden können: Mischnutzungen, Zwischennutzungen, innovative Umnutzungen, optimale Auslastung, Schliessung – dies die genannten Stichworte, die im Zusammenhang mit Infrastrukturressourcen im Stadtteil weiter diskutiert werden sollen.

Die drohende Zentralisierung (Kürzung) von Angeboten schafft Distanz zur Quartierbevölkerung; die Angebote sind dann nicht mehr sozialräumlich ausgerichtet. Gefordert wurde deshalb als Grundlage für einen Sozialraum verträglichen Abbau von Angeboten und Infrastrukturen eine Diskussion über den Bedarf. Dazu braucht es für eine Beurteilung, was man wo tun will, auch Grundlagen zur sozialen Lage und über die Bevölkerungszusammensetzung in den Quartieren.

Einschätzung der Kooperation und Zusammenarbeit (Kapitel 3)

Die Fachleute waren sich weitgehend einig, dass es in allen Stadtteilen mehr oder weniger gut etablierte Kooperationen und Zusammenarbeitsgefässe gibt.

Eine über alle Stadtteile genannte Erkenntnis war, dass der Spardruck (das Diskutieren von internen Umstrukturierungen, administrativen Auflagen usw.) in der eigenen Institution die Zeit für eine Kooperation mit andern erschwert (z.B. zeitlich). Gleichzeitig wird die Kooperation und Zusammenarbeit gerade in Zeiten finanziell knapperer Mittel als wichtiger beurteilt. In allen Stadtteilen wurde die Bereitschaft festgehalten, die Ressourcen zu analysieren und in der eigenen Institution – und in Absprache mit den andern – Lösungen zu formulieren. Hier ist die genannte Forderung wichtig, dass dies nicht von den Akteurinnen und Akteuren allein geleistet werden kann, sondern von den Verantwortlichen der Institutionen gesteuert und mitgetragen werden muss. Stadtteilbezogene Diskussionen allein genügen nicht. Betont wurde in allen Stadtteilen, dass es eine Steuerung der Kooperation und eine Steuerung der Angebote im Sozialraum braucht. Gefragt sind gemeinsam koordinierte Entscheide darüber, wohin die Entwicklungen auf Stadtteilebene und gesamtstädtisch gehen sollen. Es braucht die Bereitschaft der Stadt, der Institutionen und der Bevölkerung zum Dialog, zur Kooperation und Zusammenarbeit zum Bestimmen, was es wo an (finanziellen, personellen und infrastrukturbezogenen) Ressourcen braucht.

Einschätzung der personellen Ressourcen (Kapitel 4)

In allen Stadtteilen und von vielen Fachleuten wurde festgehalten, dass vor allem die Unsicherheit über die finanzielle Entwicklung belastend ist – für sie selber wie für die Mitarbeitenden in den Institutionen. Die längerfristigen Auswirkungen möglicher weiterer Sparrunden wurden negativ und die Qualität mindernd beurteilt – nicht nur für die fachliche Arbeit in den Institutionen sondern auch für die Menschen, mit denen und für welche sie arbeiten. Trotz vielen kreativen, motivierten Lösungsvorschlägen drückten die Fachleute in allen Stadtteilen ihre Besorgnis über einen möglichen Personalabbau deutlich aus.

Freiwilligenengagement und Partizipation (Kapitel 6)

Die zahlreichen Situationseinschätzungen und genannten Herausforderungen von den Fachleuten widerspiegeln die Vielfalt und Heterogenität der Rolle und Stellung der Freiwilligen in den verschiedenen Institutionen. Diese zusammenzufassen scheint hier nicht sinnvoll und nähme den Voten die Aussagekraft. In den genannten Aussagen der Fachleute findet sich eine Vielzahl an Gründen und Motiven für das Gelingen der Freiwilligeneinsätze in den Institutionen.

Als Fazit über alle Stadtteile und fachlichen Einschätzungen lässt sich sagen:

- Freiwillig Engagierte sind eine wichtige Ressource in unserer Gesellschaft.
- Ohne Freiwillige und ehrenamtlich Engagierte könnten die Institutionen nicht funktionieren.
- Freiwilligenarbeit ist nicht "gratis zu haben". Der Aufwand für die Institutionen ist nicht zu unterschätzen und die Freiwilligenarbeit soll in der Institution verankert und gepflegt werden – und auch nach Aussen gezeigt werden.
- Die Anerkennung und Wertschätzung der Freiwilligen liegt in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft nicht nur in den Institutionen, die mit Freiwilligen arbeiten.
- Freiwilligenarbeit gewinnt mit zunehmendem Spardruck in den Institutionen an Bedeutung. Sie darf bezahlte Arbeit nicht konkurrenzieren oder ersetzen.

Erstes Fazit aus Sicht der BSS

Wie sagte es BSS-Direktorin Franziska Teuscher in ihrer Begrüssungsrede an den Stadtteilkonferenzen:

"Partizipation ist kein Zauberwort und es löst nicht alle Probleme – aber ich bin überzeugt, dass gerade in finanziell angespannten Zeiten durch echte Teilhabe und Zusammenarbeit im Kleinen Grosses entstehen kann. Wir, ich betone das WIR und unterstreiche damit die Bedeutung der guten Zusammenarbeit. Denn die hoch gesteckten Ziele können wir nur gemeinsam erreichen, die Stadt Bern, die BSS, gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern. Sie alle, die hier anwesend sind, die Quartierbevölkerung und die zahlreichen freiwillig Engagierten in unserer Stadt gehören dazu. Wir sitzen alle in e i n e m Boot.

Die Volksschule und Kinderbetreuung in Kitas und Tagis, die Quartierarbeit, Spielmöglichkeiten für Kinder oder Jugendtreffs liegen mir sehr am Herzen. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass die Stadt pro Jahr mindestens ein Sparpaket schnürt. Das 14. Haushaltsanierungspaket ist noch nicht abgeschlossen und schon stehen die Vorgaben zum Budget 2015 bevor. Die Stadt wird weitere Einsparungen realisieren müssen, alles andere wäre Schönfärberei und Ihnen Sand in die Augen gestreut... Es ist also sehr schwierig, Mehrausgaben zu beschliessen, ohne sie in einem andern Bereich zu kompensieren, sprich: Minderausgaben vorzuschlagen.

Der finanzpolitische Rahmen ist gesetzt. Fakt ist, der Finanzkuchen wird insgesamt kleiner. Erst recht bin ich für Partizipation und Solidarität. Verteilung nach dem Prinzip Darwin „Das Recht des Stärkeren“ oder „Den Letzten beißen die Hunde“ lehne ich ab. Wenn der Kuchen zum Verteilen kleiner wird,

sichern uns Partizipation und Solidarität die beste und gerechteste Verteilung. Das ist meine Überzeugung.

Die Ergebnisse der STK sind für mich dabei ein wichtiges Resultat im Meinungsbildungs- und Entscheid-Prozess."

Eine Auswahl konkreter Umsetzungen von genannten Anliegen

Bei verschiedenen Themen und Anliegen, die an den Stadtteilkonferenzen genannt wurden, ist die Stadt gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus der Verwaltung und in den Stadtteilen bereits aktiv geworden. Einzelne Projekte und Kooperationen seien hier erwähnt, in welche die Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen einfließen:

Fachgruppen Soziokultur in den Stadtteilen sind etabliert

Das Anliegen der BSS, den Austausch zu Sozialraum relevanten Themen und Entwicklungen gemeinsam mit den Fachleuten in den Stadtteilen zu führen, wurde aufgrund der Rückmeldungen in den Stadtteilkonferenzen 2011 weiter verfolgt. Heute gibt es in allen Stadtteilen soziokulturelle Fachgruppen – in einigen Stadtteilen funktionieren diese seit Jahren erfolgreich, in andern sind sie sich am Etablieren. Je nach Stadtteil heissen sie anders und sind auch unterschiedlich zusammengesetzt. Sie werden alle von der vbg geleitet. Die Sozialplanerin hat in allen Einsitz und stellt so den kontinuierlichen Kontakt zur BSS sicher. Auch Kirchenvertretende, DOK, TOJ, Schulsozialarbeitende sind vertreten. In einigen nehmen auch die Geschäftsleitenden der Quartierorganisationen, Schulleitende, Kita-leitende, Vertretende von PINTO oder Primano Einsitz. In einzelnen Stadtteilen sind weiter Altersheim-leitende, die Kantonspolizei oder weitere Fachleute aus dem Stadtteil dabei. Neben dem Informations- und Wissensaustausch können auch die Anliegen der BSS und jene der Akteurinnen und Akteure, welche die Lebenswelten der Quartierbevölkerung kennen, aufeinander abgestimmt werden.

Interdisziplinäre Arbeitsgruppe in der Stadtverwaltung zur Optimierung der Zusammenarbeitsformen mit der Bevölkerung ist eingesetzt

In seinen Legislaturrichtlinien 2013-2016 hat der Gemeinderat die Wichtigkeit der Mitwirkung der Bevölkerung bei der Gestaltung der Stadt bekräftigt und folgende prioritäre Massnahme verabschiedet: *"Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Quartierorganisationen ist optimiert"*. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde Anfang 2014 eine Begleitgruppe eingesetzt, mit dem Ziel, das Thema Partizipation direktionsübergreifend und interdisziplinär zu erfassen und optimieren. Die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik (Austa) der Präsidialdirektion wurde mit der Bearbeitung dieser Massnahme beauftragt. Sie ist seit diesem Jahr auch zuständig für die Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen und den vereinigten Altstadtleisten. Die Sozialplanerin der BSS wird als Mitglied der Arbeitsgruppe auch ihre Erfahrungen aus den Stadtteilen einbringen. Verschiedene Massnahmen zur Optimierung der Mitwirkung werden nun geprüft.

Austausch zwischen den Quartierorganisationen und der BSS zum Thema Freiwilligenarbeit im Quartier ist angelaufen

Am letzten Treffen der Geschäftsleitungen und Präsidien der Quartierorganisationen mit den GeneralsekretärInnen der Stadtverwaltung im November 2013 wurde das Thema Freiwilligenarbeit und die Unterstützung der Freiwilligen auf Quartierebene angesprochen. Wie an dieser Sitzung beschlossen, wird das Thema unter Leitung der BSS gemeinsam mit den Quartierorganisationen vertieft. Gemein-

sam sollen die Interessen und stadtteilspezifischen Anliegen erfasst und das weitere Vorgehen bestimmt werden.

Das freiwillige Engagement in der Stadt Bern anerkennen und unterstützen

Der Stadt Bern ist die Auszeichnung des sozialen Engagements und der freiwilligen oder ehrenamtlichen Arbeit ein Anliegen. Der Sozialpreis beispielsweise wird seit 1996 jährlich verliehen. Damit drückt die Stadt ihre Wertschätzung für diese Arbeit aus und macht sie öffentlich sichtbar. Weiter unterstützt die Stadt Bern seit Jahren Benevol Bern auch finanziell mit. Die Sozialplanerin ist im Vorstand von Benevol vertreten.

Monitoring sozialräumliche Stadtentwicklung

Der Gemeinderat hat die Präsidialdirektion (PRD) beauftragt, in Verbindung mit der BSS einen dritten Monitoringbericht zu verfassen. Die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik der PRD hat die Federführung, mitverantwortlich ist die Sozialplanerin der BSS. Noch im ersten Halbjahr 2014 wird der Bericht mit Fokus auf soziale Indikatoren verfasst und nach Quartieren abgebildet. Dieser wird erneut als eine Grundlage für die Bestimmung der sozialen Lage und des Bedarfs an Sozialen Infrastrukturen in den Stadtteilen dienen.